

## **Antrag**

**der Abgeordneten Katharina Fegebank, Christa Goetsch, Dr. Eva Gümbel,  
Heidrun Schmitt, Dr. Anjes Tjarks, Jens Kerstan (GAL) und Fraktion**

**Betr.: Beitritt zum Städtebündnis „Städte für das Leben – Städte gegen die  
Todesstrafe“**

Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen werden noch immer in mehr als 23 Ländern weltweit Todesurteile vollstreckt. Allein im Jahr 2010 wurden an mindestens 527 Menschen Todesurteile vollzogen. Verhängt wurden im selben Jahr mindestens 2.024 neue Todesurteile. Die grausame Form des Strafvollzugs widerspricht in jedem Sinne unserem Verständnis eines Rechtsstaates und der Menschenrechte. Im notwendigen Engagement gegen die Todesstrafe gibt es weltweit eine breite Bewegung, die die Freie und Hansestadt Hamburg aktiv unterstützen kann.

So wurde im Jahre 2002 in Italien das Städtebündnis „Städte für das Leben – Städte gegen die Todesstrafe“ ins Leben gerufen, der sich bereits über 1.300 Städte und Kommunen weltweit angeschlossen haben. Unter den Unterstützern sind international bedeutende Metropolen wie Rom, Brüssel, Canberra, Amsterdam und viele weitere Hauptstädte zu finden.

In Deutschland selbst sind bereits mehr als 130 Städte in Deutschland dem Bündnis beigetreten und setzen so ein klares Zeichen gegen die nach wie vor praktizierte Todesstrafe. Unter den Unterstützern des Bündnisses gegen die Todesstrafe sind beispielsweise die Bundeshauptstadt Berlin, die Freie Hansestadt Bremen, die Landeshauptstädte Stuttgart und Hannover, sowie Bonn, Köln oder Leipzig zu finden.

Im Rahmen des Städtebündnisses werden unter dem Slogan „No Justice Without Life“ an jedem 29. und 30. November weltweit die unterschiedlichsten Aktionen in den Bündnisstädten durchgeführt. Hierzu können beispielsweise die Beleuchtung eines Denkmals oder Monuments, Lesungen, Theaterstücke oder öffentliche Veranstaltungen zählen. So wird in jedem Jahr mit einer weltweiten Aktion durch das Bündnis auf die Forderung nach der Abschaffung der Todesstrafe aufmerksam gemacht.

Als Weltmetropole mit einer sehr großen Internationalität in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht ist die Freie und Hansestadt Hamburg besonders aufgerufen, sich dieser Initiative anzuschließen und ein Zeichen gegen die nach wie vor verbreitete und praktizierte Todesstrafe zu setzen.

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

**Der Senat wird ersucht,**

1. dem Bündnis „Städte für das Leben – Städte gegen die Todesstrafe“ beizutreten und der Bürgerschaft bis März 2012 zu berichten.